

# Völkerbund und Revolution.

In einem Aufsatz eines führenden englischen Blattes wird davor gewarnt, daß der Völkerbund sich die Unterdrückung von Revolutionen zur Aufgabe mache. Der Völkerbund, so meint das Blatt, wird in einer Welt der Revolution und revolutionärer Drohungen entstehen. Sicherlich werden von der einen oder andern Seite Fortschritte kommen, doch der Bund gegenüber diesen Ausschüben eine bestimmte Stellung einnehmen sollte. Es gibt aber nur eine, die er einnehmen kann, ohne die Gefahr eines Mißverständnisses für sich und die Welt heraufzubeschwören und die in den Worten liegt: „Unter Verpflichtungen beziehen sich auf den Zustand der Dinge zwischen Staat und Staat, nicht auf den inneren Zustand eines Staates.“

Mit diesem Satz, soweit eine Revolution in Betracht kommt, der Völkerbund nichts zu tun haben. Jedes Volk hat das Recht, für sich selbst die Art der Regierung zu wählen, die es haben will, und es gehört nicht zu den Pflichten anderer Nationen, ob sie in einem Bunde zusammengeschlossen sind oder nicht. Freundschaft durch die ganze Welt zu verankern, um anderen Völkern Verfassungen oder Regierungen zu geben.

Die Frage ist keineswegs nur akademischer Natur. Sie wird in sehr praktischer Weise aufgeworfen, sobald die Delegierten sich um den nächsten Tisch versammeln, um zu prüfen, in welcher Gestalt der Völkerbund ins Leben gerufen werden soll. Denn eine der ersten zu entscheidenden Fragen wird sein: wer ist zum Bunde zuzulassen? Im Augenblick haben wir revolutionäre Regierungen von Sibirien bis zum Rhein. Gegen einige dieser Regierungen, zum Beispiel die russische, besteht großer Widerstand. Die Times' und mit ihr viele Leute hierzulande erheben, sobald klar wurde, daß Deutschland sich bedingungslos ergeben würde, sofort ein Geschrei, daß der Völkerbund ein viel größerer Schritt für die Welt sei als der preussische Militarismus, und daß ein großer militärischer Kreuzzug unternommen werden müsse, um ihn in Rußland zu verankern.

Sie sind freilich durchaus der Meinung, daß sich gegen die russische Bolschewistenregierung recht viel sagen läßt, aber wenn der Geist, der diese neuen Kreuzzüge erfüllt, in den Völkerbund Eingang finden darf, dann wird dieser sofort zu einer heiligen Allianz werden. Oder vielmehr der Völkerbund wird überhaupt niemals ins Dasein treten. Wenn die mit seiner Schaffung betrauten Männer eine Auswahl unter den Regierungen der Welt treffen und ein Volk wegzulassen dürfen, weil es sich eine autoritäre Monarchie gefallen läßt, und ein anderes, weil es unter der Tyrannei der roten Flange leidet, dann wird jeder Gedanke an einen Völkerbund der Völker unmöglich. Die heutige Zeit, mit der wir rechnen müssen, ist, daß wir nicht warten können, bis alle Völker der Welt die Barmherzigkeit gehabt haben, die englische Verfassung als ihre Regierungsform anzunehmen; wir brauchen einen Völkerbund jetzt, in den nächsten sechs Monaten; und daher müssen wir die Mehrheit der Regierungen zu nehmen, wie wir sie finden. Schließlich haben wir doch zusammen mit Wilson einigen 100 Millionen Leuten dazu geholfen, sich dreier der schlimmsten Autokratien der Welt in den letzten zwei Jahren zu entledigen, und es kann kaum Zweifel bestehen, daß diese Völker, wenn ihnen am Bute des Völkerbundes Zeit und Sympathie und Frieden gewährt wird, aus dem Chaos, das sie jetzt mit dem Sturz von Kralen und Kaisern verbunden zu sein scheint, für sich selbst eine Art ordentlicher Demokratie herauszufinden werden.

Der Hauptgegner, den wir vom Sturz dieser drei Dynastien, der Romanows, Hohenzollerns und Habsburgers, erwarten können, besteht darin, daß er einen Bund freier Völker einschließlich der Russen und der Deutschen möglich macht. Kein Völkerbund, der nicht die Völker der verfallenen russischen, deutschen und österreichischen Kaiserreiche einschloße, könnte irgendeine einwirkende Friedenswerkzeug sein. Das wir wollen, ist, daß diese Völker für sich

selbst irgendeine Form beständiger Regierung schaffen — deren Art ihre Sache ist — und wir sollten es ihnen klar machen, daß, sobald sie es tun, sie als Teilnehmer des Bundes willkommen geheißen werden.

Es bleibt noch die Frage der Haltung des Bundes für den Fall des späteren Ausbruchs der Revolution bei einem Mitgliede. Es ist von weitestlicher Bedeutung, daß für solche Fälle sofort eine klare Regel aufgestellt wird. Ereignisse wie Revolutionen haben stets sehr schwierige Fragen auf dem Gebiete internationaler Beziehungen zur Folge gehabt, und die Diplomaten haben oft allerhand Hofschwänke hinsichtlich der „Anerkennung“ revolutionärer Regierungen getrieben. Wir sollten meinen, daß es für den Völkerbund nur eine, und zwar folgende Regel geben darf: wenn eine Revolution in einem Staate eintritt, der Mitglied des Bundes ist, so hat der Bund als solcher jede Regierung anzuerkennen, die als Regierung des Mitgliedsstaates errichtet ist.

## Neue Reichsteuern.

Eine große allgemeine Vermögensabgabe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Reichsfinanzwesens einen durchgreifenden Ausbau der direkten Reichsteuern beschlossen habe.

auf einen bestimmten Stichtag abgestellt werden; um jedoch die hiermit verbundenen unvermeidlichen Unzulänglichkeiten auszugleichen, soll im Anschluß an die Vermögensabgabe ein Ausbau der Einkommensteuer erfolgen.

Die hohen Einkommen sollen härter belastet werden, indem eine Reichseinkommensteuer mit weiter geführter Progression mindestens für diese Einkommensteuer eingeführt wird.

Die einzelnen Einkommenquellen sollen in erweitertem Umfang der Besteuerung erschlossen und dem Reiche zugänglich gemacht werden. Eine Kapitalertragssteuer soll die Erträge des Kapitals (Coupons, Dividenden, Hypothekenzinsen usw.), eine Betriebs-ertragssteuer die einen gewissen Mindestbetrag übersteigenden Gewinne geschäftlicher Unternehmungen erfassen.

Die Erbschaftsteuer soll unter Beliebigkeit der Progression stark erhöht werden. Sie soll auf Abkömmlinge und Ehegatten ausgedehnt werden. Für die Höhe des Abgabebetrags soll nicht nur der Betrag der Erbschaft, sondern auch die Vermögenslage des Erben berücksichtigt werden.

Eine besondere Abgabenordnung soll dafür sorgen, daß die zu erlassenden Gesetze auch wirksam, gleichmäßig und gerecht ausgeführt werden. Die Veranlagung soll überall in die Hände finanztechnisch besonders vorgebildeter Beamten gelegt werden. Soweit nicht schon die neu zu beschaffende Steueramoral zu einer

wahrheitsgemäßen Einköpfung führt, soll sie durch staatliche Zwangsmittel unbedingt gekehrt werden.

Hinsichtlich der Kriegsgewinnsteuer ist die Frage aufgeworfen, für welchen Zeitraum der Vermögenszuwachs der physischen Personen steuerpflichtig sein soll. Dazu kann vorerst nur gesagt werden, daß Aufgangspunkt der Besteuerung der 31. Dezember 1913 sein wird, daß es dagegen noch nicht sicher ist, ob der 31. Dezember 1918 oder ein anderer fester der Zeitpunkt sein soll. Fest steht dagegen, daß die Steuer in Kriegsjahren gezahlt werden kann, viellecht sogar zum Teil gezahlt werden muß. — Alle Maßnahmen zur Durchführung der neuen Steuerpläne sollen schnellstmöglich getroffen werden.

Der neuwählte Volksbeauftragte No 8 Te, dem bei der Verteilung die Militär- und Marine-Angelegenheiten zugefallen sind, hat es als seine nächste Hauptaufgabe bezeichnet, gegen die von Osten drohenden Gefahren mit allen verfügbaren Mitteln einen festen Schutz zu schaffen. Die Reichsregierung denkt nicht daran, die Abgrenzung der Polen auf deutschem Gebiete weiter ruhig mitanzusehen. Eine feste Hand werde sich dort in allerhöchster Zeit bemerkbar machen.

Die Reichskonferenz des Spartakusbundes hat zunächst die Verdichtung

## Die jetzige neue Regierung.



Scheidemann Ebert Landsberg Noske Wissel

Jundsch sollen die Kriegsgewinne eingezogen werden, und zwar in der Form 1. einer außerordentlichen Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919, wodurch die durch Gesetz vom 26. Juni 1918 einseitige Abgabe vom Mehreinkommen und vom Vermögen der Einzelpersonen auf ein weiteres Jahr erstreckt, und die Erhebung der Abgabe vom Mehreinkommen der Gesellschaften für das fünfte Kriegsjahr fortgesetzt wird, nachdem durch Verordnung vom 15. November 1918 bereits die Bildung einer Kriegsgewinnsteuer in Höhe von 80% des Mehreinkommens — gegenüber bisher 60% — vorgeschrieben worden ist; 2. einer außerordentlichen Abgabe vom Vermögenszuwachs, wodurch die während der gesamten Dauer des Krieges entstandene Vermögensvermehrung dergestalt erzielt werden soll, daß sie unter Schonung kleiner Beträge in vollem Umfang wieder der Allgemeinheit zugewandt wird. Die bereits am Grund des Kriegsgewinngesetzes vom 21. Juni 1916 gezahlte Steuer wird angerechnet.

Von dem nach Einziehung der Kriegsgewinne verbleibenden Vermögen soll eine große allgemeine Vermögensabgabe erhoben werden, die in harter Progression ansetzen, jedoch die Grenzen der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht überschreiten, Familienstand, Alter und Gewerbeschäftigkeit des Steuerpflichtigen berücksichtigen und zum mindesten in der Art ihrer Erhebung den verschiedenen Verhältnissen der Vermögensanlage Rechnung tragen wird. Die Veranlagung muß

wahrheitsgemäßen Einköpfung führt, soll sie durch staatliche Zwangsmittel unbedingt gekehrt werden.

Hinsichtlich der Kriegsgewinnsteuer ist die Frage aufgeworfen, für welchen Zeitraum der Vermögenszuwachs der physischen Personen steuerpflichtig sein soll. Dazu kann vorerst nur gesagt werden, daß Aufgangspunkt der Besteuerung der 31. Dezember 1913 sein wird, daß es dagegen noch nicht sicher ist, ob der 31. Dezember 1918 oder ein anderer fester der Zeitpunkt sein soll. Fest steht dagegen, daß die Steuer in Kriegsjahren gezahlt werden kann, viellecht sogar zum Teil gezahlt werden muß. — Alle Maßnahmen zur Durchführung der neuen Steuerpläne sollen schnellstmöglich getroffen werden.

## Politische Rundschau.

Der neuwählte Volksbeauftragte No 8 Te, dem bei der Verteilung die Militär- und Marine-Angelegenheiten zugefallen sind, hat es als seine nächste Hauptaufgabe bezeichnet, gegen die von Osten drohenden Gefahren mit allen verfügbaren Mitteln einen festen Schutz zu schaffen. Die Reichsregierung denkt nicht daran, die Abgrenzung der Polen auf deutschem Gebiete weiter ruhig mitanzusehen. Eine feste Hand werde sich dort in allerhöchster Zeit bemerkbar machen.

Die Reichskonferenz des Spartakusbundes hat zunächst die Verdichtung

## In bösem Schein.

20) Kriminalroman von Heinrich Hee.

Nicht nur, daß die alte Firma auf ihrer neuen Höhe blieb und in jeder Beziehung von dem neuen stürmischen Geist, der in sie gekommen war, ein vorzügliches Zeugnis gab — auch die Arbeiter und Angestellten hatten an dem Wechsel ihre Freude. Sie atmeten auf, als ob eine Last von ihnen genommen war.

„Ja, unser junger Herr!“ sagte Schmiedede mit voller Anerkennung von ihm — die Schlichtfertigkeit hat er von ihm (womit Hofstald gemeint war), aber das alte Herz hat er von alten Herrn. Einen Besseren brauchen wir uns nicht zu wünschen.“

Nach dem Ablauf seines Kaufes war Rudolf für einige Tage nicht zu Hause, um von Herrn Häbner seine Entlassung zu erklären. Er legte dem trotz seiner Trockenheit jetzt von ihm so sehr verehrten Manne aneinander, welche dringenden Pflichten ihn abriefen und Herr Häbner sah endlich ein, daß alle Befordrungen und Anweisungen von seiner Seite, den jungen, auch ihm so wert gewordenen Mann zu halten, vergeblich blieben. Was blieb ihm schließlich anderes übrig, als ihn ziehen zu lassen. Schmeerer noch wurde für Rudolf der Abschied von Helen. Daß er bleiben möchte, davon sprach sie kein Wort. Umso heftiger sprachen ihre blauen verhärmten Wangen und ihre von betäubten Adern geröteten Augen.

„Liebe Helen, ich möchte Ihnen, daß Sie recht glücklich werden,“ sagte er mit einem verzerr-

ten Gesicht. — „Ich Ihnen auch,“ erwiderte sie leise und sie drückten sich zum letztenmal die Hand.

Es trat er denn wieder in seine alte Umgebung zurück — und doch, wie neu war sie für ihn. War sie doch so anders geworden, war er doch selbst ein so anderer geworden. Gegenständig war sein Verhältnis zu Renate. Wie zu einem Unbekannten sah er zu ihr auf. Er wußte ja, daß er nie wieder gut machen konnte, was er durch sein höheres Leben an ihr gestündigt hatte. Seine ganze Zukunft sollte von dieser Waise erfüllt sein — von der Arbeit für sie! Was er tat, was er dachte — er sagte sich davon: Es geschieht für sie! So war ihm die Arbeit zu einem hohen Glück geworden. Er wünschte sich von seinem Leben nichts mehr.

Auch auf Renate hatte die Wandlung der Dinge einen heilsamen Einfluß ausgeübt. Ihr Gesicht farbte sich wieder mit der Röte der Gesundheit und manchmal huschte sogar, wie schon seit Jahren nicht mehr, ein Schimmer gleich einem Sonnenstrahl darüber. Nach ihr Abschied hatte sie wieder angenommen. Wie ein Erzwagen nach langer Winterreise, wie ein Gang der Befreiung aus dunklen Kerkern rutschte es unter ihren Händen dahin — und wie ein Ostfeld, so hörte es jetzt Rudolf, begehrt von ihrer Liebe, aber nicht. Gleich seinem Vorgänger hatte auch er das bewußte Zimmer bezogen und es zu seiner Arbeitsstätte gemacht. Von ähnlichen Wägen in dem Romanischen Hause war es so nur Tante Finken, die an der Veränderung keinen Gefallen fand.

Es war an einem der letzten Septembertage und Rudolf stand sich gerade auf einer Gehsteigterrasse nach Schönen, als vor der Rosenaußen Straße ein fremder, aufsehender Laster mit der Bahn angelkommener Herr vorfuhr. Schmiedede blickte den Schlag. Der Fremde wuschelte Herrn Hoffmann zu sprechen, und als er zu seinem Bedruck erfuhr, daß dieser sich auf Weilen befand, überlegte er sich seine Sache eine Weile und fragte dann nach Fräulein Rosenau, Renate, obwohl über seine Karte, die ihr gebracht wurde, etwas verwundert, empfing ihn und die Unterredung, die der Herr mit ihr hatte, dauerte eine ziemlich geraume Zeit. Dann leg er wieder in seinen Wagen und fuhr davon.

Zwei Tage später kehrte Rudolf von seiner Reise zurück. „Ich habe dir etwas auszurichten,“ sagte Renate zu ihm, „es ist jemand hier gewesen, der dich zu sprechen wünschte.“

Sie schenkte ihm bedächtig, bestaunten, wenn sie sich auch schüchtern lächelte, es vor ihm zu verhehlen. Er fragte, wer dieser jemand sei.

„Herr Häbner!“ — Herr Häbner? Was wollte der von ihm? — „Du hast mir damals nicht alles gesagt,“ brach sie hervor — „Herr Häbner hat eine Tochter.“ — „Es ist wahr, Renate. Aber wie konnte ich denken, daß dich das Höchsten jemals interessieren würde?“

Sie schlug die Augen vor ihm nieder. „Sie hat dich lieb gewonnen. Sie verzehrt sich nach dir. Deshalb ist Herr Häbner hier gewesen. Er vernimmt dich ebenfalls so sehr. Er will dich zu seinem Schwiegersohn, du sollst sein Geschäftsführer und sein Erbe werden. Er wartet auf deine sofortige Antwort.“

von den Unabhängigen Sozialdemokraten beschloffen. Der Spartakusbund ist jetzt eine eigene Partei mit dem Namen „Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands — Spartakus“. Die Konferenz beschloß ferner mit 63 gegen 23 Stimmen an der Wahl zur Nationalversammlung nicht teilzunehmen. In dessen Fall mit allen Mitteln verhindert werden, die Nationalversammlung zu verhindern oder zu sprengen.

Das braunschweigische „Amtsblatt“ veröffentlicht ein Gele, nach dem mit der vollenkommenen Auflösung sämtlicher in Braunschweigischen Lande garnisierender Truppeneinheiten und Behörden begonnen wird, ausschließlich der Bezirkskommandos, Quartiere, des Provinzialrats und der Garnisonverwaltung. In Stelle des fehlenden Heeres tritt nach der vollständigen Demobilisation die freie Volkswehr. Die Anordnungen des 10. Armeekorps sind für Braunschweig nicht maßgebend.

## Frankreich.

In der Nummer 10111 bei der Haushaltsberatung der Finanzminister ist, daß Frankreich 182 Milliarden betragen. Wenn man hierzu die übrigen Kriegsausgaben wie Schadenersatz usw. hinzurechnet, so ergibt sich für Frankreich eine Gesamtausgabe von 250 Milliarden, was einen jährlichen Zins von 12% Milliarden anmacht. England läßt seine Forderungen auf 200 Milliarden, Belgien auf 20 Milliarden. Die Allierten hätten also das Recht, von Deutschland 470 Milliarden zu fordern. Der deutsche Minister Hefferich hat 1913 das Jahreseinkommen Deutschlands auf 50 Milliarden geschätzt. Die Allierten müßten auf dieser Schätzung basieren.

## Amerika.

Holländische Zeitungen bringen die Meldung aus Washington, daß der amerikanische Friedensminister Baker den Besuch anheute, daß im Abgeordnetenhaus möglichst bald über die Gesetzesvorlage abgestimmt werden solle, durch die ein größerer Heeresdienst in Amerika eingeführt werden wird. In seinem Vortragsreden an den Senatsausschuß sagt Baker: Viele Maßnahmen sind notwendig, da die Dienstpflicht sich nur auf die Kriegszeit beschränkt und die Eingezogenen daher der rechtlich sind, sofort nach Friedensschluß auf ihrer Entlassung zu bestehen. Die Demobilisation findet bereits nach einem Rhythmus von 30 000 Mann täglich statt. Nur Männer, die vor dem April 1917 freiwillig Dienst tateten, werden beibehalten werden können. Aber ihre Zahl ist absolut ungenügend für militärische Zwecke, da die mexicanische Grenze noch immer bewacht werden muß, und die Forts an der Küste und viele Fabriken und andere Verwaltungen besetzt werden müssen.

## Handel und Verkehr.

Die Kontrolle der chinesischen Güter und Ausfuhr. Unter japanischem Einfluß und mit japanischem Kapital ist eine von der chinesischen Regierung abhängige Gesellschaft gegründet worden, die ein Monopol über alle Güter und Ausfuhrwaren ausüben soll, welche für ihre landwirtschaftliche Produktion einer besonderen Ermächtigung von Seiten der Behörden bedürfen; dazu gehören unter anderem Wasser, Munition, Eisen, Eisenbahnmateriale, Schiffsmaterial und einige Lebensmittel, darunter auch Reis. In diese Kontrollgesellschaft sollen vorerst nur Chinesen aufgenommen werden, aber die Initiatoren für diese Kontrollgesellschaft nach Japan ausgegangen ist, so darf man wohl annehmen, daß ihr auch Japaner angehören werden. In Verbindung mit dieser Gründung steht auch das Ausfuhrverbot für Silber und Kupfer zu stehen.

Reisen in das besetzte Gebiet. Nach den Bestimmungen der letzten für das besetzte Gebiet festgesetzten Regeln dürfen von der Generalverwaltung der alliierten Kommandanten abhängige, von besetzten Gebiet in die Zone eingereiht, Reiseausweise werden nur für Personen aus dem besetzten Gebiet ausgestellt werden. Die besetzten Gebiete können erst nach Unterzeichnung des Besatzungsvertrages genehmigt werden.

Die Reichskonferenz des Spartakusbundes hat zunächst die Verdichtung

Sie sagte es mit Gleichmut und Ruhe, aber man sah auch, was für Anstrengung es kostete. Verdächtig — die Nachtigall machte seinen bescheidenen Gesang, als ihn, höchstens schickte er eine gewisse Nahrung und die goll Ellen.

„Ich werde an sie noch heute schreiben,“ sagte er. — „Du nimmst kein Anerkennen wahrst du an?“ — „Nein, Ellen ist ein herrlich gutes Mädchen. Aber ich liebe sie ja nicht. Sie ist noch sehr jung, sie wird mich verzeihen lernen, ein anderer wird sie einst glücklich machen.“

Eine dunkle Gestalt zog über ihr Gesicht. „Aber Herr Häbner ist reich,“ antwortete sie stöhnend — „so denke doch an dein eigenes Glück.“

„Mein Glück, Renate, ist dir zu dienen, dir dich zu arbeiten. Wenn die du meinsten Willen gelegen ist, ich mich bei dir, bis an den Tod.“

Sie verstand nicht mehr, immer einig anderen Glück? — „Drücken, Rud dennoch — es schmeckte noch immer ein unheimlicher Schrecken über dem roten Hauke. Das blutige Häkel blühte ungelöst.“

Einige Tage nach seiner Unterredung mit Renate sah Rudolf in gewohnter Weise in seinem Arbeitszimmer. Der breite große Tisch vor ihm war mit Papieren bedeckt. Auf dem Tische lag ein Briefchen, eine verschlossene Briefchen, es war neben dem Tisch — und dort ihre Strahlen durch das Fenster, wie an einem Tage, an dem Herr Rosenau sein Leben hatte lassen müssen. Rudolf war mit einer Verjüngung beschäftigt, einem Linien-Durchschnitt

